

Agrarkongress des Bundesumweltministeriums

## Die neue strategische Allianz

Mitte Januar fand der nunmehr sechste Agrarkongress des Bundesumweltministeriums statt. Rund 2.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, mehr über die politischen Ziele der neuen Bundesregierung in der Umwelt- und Agrarpolitik zu erfahren.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke sprach von einer neuen strategischen Allianz zwischen Bundesumwelt- und Bundeslandwirtschaftsministerium. Die Landwirtschaft erfülle wichtige Aufgaben im Bereich des Klima- und Artenschutzes, aber auch bei der Nahrungsmittelsicherheit. Die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) biete dabei den nötigen Aufbruch für die Landwirtschaft. Lemke wolle sich dafür einsetzen, dass Fördergelder für die Bewahrung der Artenvielfalt bereitgestellt werden und der Vertragsnaturschutz über die GAK gestärkt und finanziell besser ausgestattet wird. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir knüpfte an die Aussagen seiner Amtskollegin an. Für die erste Dekade nehme er sich vor, den Ökolandbau durch die Anhebung des Zielwertes auf 30 Prozent weiterzuentwickeln. Voraussetzung ist die Umschichtung von Geldern aus der ersten in die zweite Säule sowie die Nutzung aller Eco Schemes für den ökologischen Landbau. Die Artenvielfalt solle seiner Meinung nach durch mehr Biotopverbunde und einen höheren Grünlandschutz gefördert werden. Dazu gelte es den kooperativen

Rote Gebiete

## Die Auseinandersetzung geht weiter

Bereits im Juni 2021 äußerte EU-Umweltkommissar Virginijus Bedenken hinsichtlich der Umsetzung des europäischen Rechts durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung der mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebiete (AVV GeA). Im letzten Gespräch am 14. Januar zwischen der neuen Bundesregierung und der EU-Kommission wurde nun deutlich, dass die EU das bisherige Vorgehen zur Ausweisung der Roten Gebiete in den Bundesländern nicht akzeptiert. Infolgedessen erklärten Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und Bundesumweltministerin Steffi Lemke ihre Bereitschaft, den Rechtsrahmen der AVV nachzubessern. Fachlich geht es im Wesentlichen darum, dass die bisherige AVV einige Kriterien zur aktuellen Bewirtschaftung und zu Nitratausträgen aus landwirtschaftlichen Flächen bei der Gebietsabgrenzung berücksichtigt (sog. Emissionsansatz). Die EU lehnt diesen Emissionsansatz ab und fordert eine Änderung der AVV ohne dieses Kriterium. Die Bundesregierung erarbeitet derzeit ein neues Konzept zur Ausweisung der nitrat-



Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (l.) und Umweltministerin Steffi Lemke (r.) auf dem BMUV-Agrarkongress 2022 (Foto: BMUV/Sascha Hilgers)

Ansatz zu stärken und die Regelungen der GAP nachzuschärfen.

Die Landwirtinnen und Landwirte sollen, so Özdemir, finanziell besser für ihre Leistung bezahlt werden. Die Ausgaben für Lebensmittel, insbesondere für Fleisch, müssen hierbei die ökologische Wahrheit abbilden. Insgesamt biete das Ergebnis der Zukunftskommission eine sehr gute Grundlage, so Özdemir weiter. Diese Aufbruchsstimmung müsse nun genutzt werden, so das Resümee des neuen Landwirtschaftsministers, um hier voranzukommen.

Ganz schön viel Einigkeit zwischen den beiden Ministerien. Umweltministerin und Landwirtschaftsminister begrüßten sich mit

einer nie zuvor dagewesenen Freundlichkeit und verglichen ihre Hausfreundschaft mit der Fanfreundschaft beim Fußball. Wird hier die Landwirtschaft an das Umweltministerium verkauft? Den Kampf gegen den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt, der Schutz des Bodens, des Wassers und der Luft haben sich die Ministerien in jedem Fall auf ihre Fahnen geschrieben. Ihr Erfolg hierbei muss daran gemessen werden, den Landwirtinnen und Landwirten eine verlässliche wirtschaftliche Perspektive zu bieten. Gelingt dies nicht, werden die Landwirtschaft in Deutschland aber auch die Umwelt in anderen Ländern sowie das Klima die Verlierer dieser Politik sein.

Anja Nußbaum

belasteten und eutrophierten Gebiete aus und hat bis Mitte Februar Zeit, die Forderungen der EU-Kommission umzusetzen. Das mit der EU abgestimmte Verfahren muss anschließend im Bundesrat verabschiedet werden. Im Anschluss werden die Länder die belasteten Gebiete mit einer Änderung der Landesverordnungen erneut ausweisen. Nach derzeitigen Schätzungen wird die bevorstehende Änderung in der Gebietskulisse zu einem Flächenzuwachs und einer Verschiebung der Roten Gebiete führen. Details sind dazu nicht bekannt. Derzeit kann nicht beurteilt werden, inwieweit ein neues Modell zur Ausweisung der belasteten Gebiete die geografischen und klimatischen Gegebenheiten der ostdeutschen Bundesländer als Trockenregion berücksichtigen kann und wird.

Aufgrund dessen haben die ostdeutschen Landesbauernverbände in einem Brief an Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir und Bundesumweltministerin Lemke auf die geringen Jahresniederschläge und die daraus resultierenden geringen Sickerwasserraten hingewiesen.

Während hohe Jahresniederschläge durch Verdünnungseffekte zu geringeren Nitratkonzentrationen im Sickerwasser führen, kann es in den niederschlagsarmen Gebieten dazu führen, dass es durch die vergleichsweise geringen Nitrataustragsmengen zu einer schnelleren Überschreitung der Schwellenwerte kommt. Weiterhin werden eine verursacherbezogene und differenzierte Vorgehensweise und ein Ausbau des Messnetzes gefordert. Durch eine bessere Dichte und Verteilung der Messstellen können die Gebiete differenzierter betrachtet werden.

André Rathgeber



Erklärung der ostdeutschen Landesbauernverbände

